



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohlen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

### **Den Brexit als Chance nützen: Die Europäische Union besser machen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur Europäischen Union nicht nur als Wirtschafts- und Handelsunion, sondern auch als Wertegemeinschaft für Freiheit, Demokratie, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte. Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ändert daran nichts, gibt aber Anlass, die deutsche und bayerische Europapolitik stärker in den Mittelpunkt der politischen Bemühungen zu stellen, die Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher über die EU zu informieren und am europäischen Einigungsprozess zu beteiligen.

Der Landtag stellt weiter fest, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union eine breite gesellschaftliche Diskussion über eine Neuorientierung der europäischen Politik nach sich ziehen muss. Nach Jahrzehnten der Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik als Schwerpunkt der EU, muss in den kommenden Jahren mehr in Arbeit, Bildung und Ausbildung, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Schutz in allen Mitgliedstaaten der EU investiert werden. Die gerechte Verteilung des Wohlstands in allen Mitgliedstaaten muss ebenso in den Mittelpunkt gerückt werden wie auch mehr Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander.

Gerade die Lösung globaler Probleme wie die Beseitigung von Fluchtursachen und die Unterstützung und Hilfe für die nach Europa kommenden Flüchtlinge, die Bewältigung weltweiter Klimaveränderungen, eine nachhaltige Politik in allen Staaten, die Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit, die Bekämpfung internationaler Kriminalität und des Terrorismus, die Gestaltung der Folgen der Globalisierung und Digitalisierung sind vordringliche Aufgaben, die nur gemeinsam gelingen können und Nationalstaaten völlig überfordern. Deshalb bekennt sich der Landtag zu einem solidarischen Europa der Bürgerinnen und Bürger und der Mitgliedstaaten untereinander.

Der Landtag erteilt allen Versuchen eine Absage Europa zu spalten, seine Gesellschaften zu entsolidarisieren und den Zusammenhalt der Staaten in Frage zu stellen.

Der Landtag bekennt sich zu dem Ziel, ein von den Bürgerinnen und Bürgern in allen Mitgliedstaaten getragenes Europa zu realisieren. Dazu sind Veränderungen erforderlich.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für diese Veränderungen einzusetzen:

- Die EU muss sozialer und solidarischer werden. Die zunehmende Spaltung der EU-Gesellschaften in Arm und Reich gefährdet das europäische Projekt. Notwendig ist mehr europäische Sozialpolitik, die den Wohlstand gerecht verteilt, Armut verhindert und beseitigt, Arbeits- und Perspektivlosigkeit, insbesondere von Jugendlichen, abbaut und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen schützt und Steuerbetrug sowie Korruption entschlossener bekämpft.
- Die EU konzentriert sich auf die Lösung der für ein soziales, sicheres und solidarisches Europa wesentlichen Fragen. Es soll der Grundsatz gelten, dass die Regionen der EU, die Städte und Kommunen der EU in ihren Aufgaben gestärkt und nicht geschwächt werden.
- Die europäische Union braucht eine Strukturreform mit klaren und subsidiären Kompetenzuweisungen und muss demokratischer werden. Hierzu gehören die Stärkung des EU-Parlaments mit allen demokratischen Rechten und Kontrollaufgaben und eine Länderkammer als Vertretung der Mitgliedstaaten.

### **Begründung:**

Das knappe Votum der britischen Bevölkerung für einen Austritt aus der Europäischen Union ist ein weiteres Alarmsignal, dass die Akzeptanz der europäischen Integration bei den Bürgerinnen und Bürgern schwindet. Das Brexit-Votum gibt Hinweise, wo die Gründe dafür liegen.

Es sollte deshalb als Weckruf und als Chance begriffen werden. Für Pro-Europäer muss es Anlass sein, die Zukunft der EU nicht ihren Feinden und Gegnern zu überlassen, sondern sich diesen parteiübergreifend entschieden in den Weg zu stellen und die wahren Konsequenzen ihres verantwortungslosen Redens aufzuzeigen. Das bedingt aber auch, über eine Neube-

gründung und ggf. Neuausrichtung der EU eine ernsthafte und intensive gesellschaftliche Diskussion zu beginnen, um Verbesserungen der EU zu erreichen, die

das Projekt Europäische Integration auf ein zukunftsfestes Fundament ihrer Bürgerinnen und Bürger stellen.